

LANDRATSAMT REUTLINGEN
Den 09.11.2011

KT-Drucksache Nr. VIII-0370/1

für den Verwaltungsausschuss
-nichtöffentlich-

Tischvorlage

für den Kreistag
-öffentlich-



**Haushalt 2012;
Stellenplan**

Zum Entwurf des Stellenplans 2012 wurde umseitige Stellungnahme des Personalrats einge-
reicht.

An Herrn
Landrat Reumann

Landratsamt Reutlingen

Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2012

Sehr geehrter Herr Reumann,

der Personalrat bedankt sich für die Übersendung des Stellenplanes 2012 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Wie der Sachdarstellung zu entnehmen ist schlägt die Verwaltung vor, im Stellenplan 2012 insgesamt 10,4 Stellen neu zu schaffen.

Dem Personalrat ist die insgesamt angespannte Haushaltslage in den Kommunen und beim Landkreis bewusst, trotzdem wird der Antrag der Verwaltung auf 10,4 Stellenneuschaffungen ganz ausdrücklich unterstützt.

Nach Kenntnis des Personalrats wurde den Fachämtern bezüglich des Stellenplanes 2012 vermittelt, dass Stellenneuschaffungen praktisch nicht möglich sind. Die Tatsache, dass trotz sorgfältiger und restriktiver Prüfung zusätzliche Stellen beantragt wurden zeigt, dass der Personalbedarf in den jeweiligen Bereichen dringend notwendig ist, weil die gestiegenen Anforderungen bei der Aufgabenerfüllung mit der vorhandenen Arbeitskapazität nicht gewährleistet ist.

Als Begründung zu den beantragten Stellenneuschaffungen ist anzumerken, dass allein 5,5 Stellenneuschaffungen aufgrund steigender Asylbewerberzahlen notwendig sind. Als in der Vergangenheit die Asylbewerberzahlen deutlich zurückgegangen sind, wurden in der Folge davon die für diese Tätigkeit nicht mehr erforderlichen Bediensteten für andere notwendige Aufgaben des Landratsamtes eingesetzt. Somit ist für die jetzt entstandene Aufgabenmehrung die erforderliche Arbeitskapazität nicht vorhanden und muss daher ersetzt werden. Da die Asylantenbetreuung eine gesetzliche Aufgabe ist, hat das Landratsamt hierbei keinen Spielraum bezüglich der Aufgabenerfüllung.

Weitere 1,9 Stellen sind aufgrund erweiterter gesetzlicher Vorgaben (Gesundheitsberichterstattung, neues Vormundschaftsrecht mit max. 50 Mündel je Vormund) notwendig. Auch hier ist das Landratsamt zur Aufgabenerfüllung verpflichtet.

1,5 Stellen sind aufgrund steigender Fallzahlen im Sozialbereich erforderlich. Die dort vorhandenen Bediensteten sind mit der jetzigen Fallzahlenbelastung im obersten Bereich und können daher nicht noch weitere Fälle übernehmen. Ebenso verhält es sich mit der halben Stelle beim steigenden Kontrollumfang im Amt für Landwirtschaft.

Die für einen hauseigenen Elektriker vorgesehene Stelle wird gegenfinanziert durch die Einsparung bei den Wartungsverträgen und Fremdvergaben. Der Personalrat hält eine eigene Fachkraft für den Bereich der Elektrik für ausgesprochen wichtig und geht davon aus, dass diese Stelle durch Einsparungen bei den Sachmitteln mindestens ausgeglichen wird, und verspricht sich zudem eine Qualitätsverbesserung in diesen Angelegenheiten, zumindest in der raschen Verfügbarkeit für alltägliche, unverzüglich notwendige Maßnahmen in den Landratsamtsgebäuden.

Die laufenden Sachausgaben, insbesondere im Sozialbereich, werden wie prognostiziert, weiter steigen, zudem erfordern die notwendigen Investitionen einen hohen Finanzbedarf, was insgesamt zu einer hohen Belastung des Kreisetats führt. Dies sollte nicht zu einer restriktiven Stellenplanung führen, da die erhöhten laufenden Ausgaben fallmäßig abzuwickeln sind und hierfür Personal notwendig ist.

Die Kolleginnen und Kollegen beim Landratsamt sind seit langem dauerhaft an der oberen Belastungsgrenze. Diese Grenze kann nicht noch erweitert werden, da sonst gesundheitliche Dauerfolgen nicht auszuschließen sind. Die aktuelle Statistik der DAK weist für Burn-out Syndrom und psychische Erkrankungen infolge Überlastung den Spitzenplatz aus, bei der AOK nimmt dieses Krankheitsbild nach Muskel- und Skeletterkrankungen den zweiten Platz ein. Der Personalrat hält daher eine angepasste Stellenausstattung für notwendig, damit durch die Beschäftigten beim Landratsamt diese Zahlen nicht noch zusätzlich genährt werden.

Der Personalrat trägt aufgrund der geschilderten Situation den Vorschlag der Verwaltung vollumfänglich mit und bittet den Kreistag, die beantragten Stellenneuschaffungen für den Kreishaushalt 2012 zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
K. Heck, Personalratsvorsitzender